ob. An der Tatsache, daß die Sozialdemokratie kraft ihrer zahlenmäßig überragenden Stellung im Landtage nach dem Sinne und Geiste der Verfassung und nach den Notwendigkeiten einer richtigen parlamentarisch-demokratischen Auffassung die unbedingte Pflicht hat, in der jetzigen Lage fördernd und ausgleichend zu wirken, ist nicht zu rütteln. Man stelle sich nur einmal vor, daß die Verhältnisse umgekehrt lägen, daß irgendeine bürgerliche Partei, die bisher allein regierte, von den übrigen bürgerlichen Parteien im Verein mit der Sozialdemokratie aus der Regierung verdrängt worden wäre. Wäre es dann denkbar, daß diese Partei so handelte, wie es bis jetzt die Sozialdemokratie getan hat? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen, weil der staatliche Pflichtbegriff allen bürgerlichen Elementen viel zu fest im Blute sitzt. Die bisherige Haltung der Sozialdemokratie entspricht nicht den Anforderungen eines geschulten und gewissenhaften Parlamentarismus: darüber ist kein Zweifel möglich. Daß diese Einsicht sich auch in den besonneneren, realpolitisch denkenden Kreisen der sozialdemokratischen Partei selbst geltend zu machen beginnt, zeigen die in der gestrigen Ausgabe der „Dresdner Nachrichten" mitgeteilten Ausführungen des Genossen Karl Beiale. Welche Widerstände aber noch zu überwinden sind, ehe es zu der Aufstellung eines auch für eine bürgerliche Partei annehmbaren Arbeitsprogramms kommt, läßt sich aus den Richtlinien entnehmen, welche die sozialdemokratische Fraktion des Landtags „nach Fühlungnahme mit den Parteien und nach Erwägung aller Möglichkeiten für die Regierungsbildung" beschlossen und der kommunistischen und demokratischen Fraktion mit dem Ersuchen um baldige Antwort übermittelt hat. Der Schwerpunkt dieser Richtlinien liegt in der Forderung, daß die planmäßige Vergesellschaftung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen „energisch fortzuführen" ist und daß den Betriebsräten eine Mitarbeit an der Gesetzgebung gesichert werden soll. Gerade das letztere Verlangen stellt ein sehr wesentliches Zugeständnis an die kommunistischen Wünsche dar. Die Richtlinien wollen allerdings die Anteilnahme der Betriebsräte an der Gesetzgebung auf solche Maßnahmen beschränken, die Arbeiterinteressen berühren. Wird aber den Kommunisten hier erst einmal der kleine Finger gereicht, so werden sie flugs die ganze Hand ergreifen und alles aufbieten, um ihr „Ideal", die „Kontrolle der gesamten Produktion" durch die Betriebsräte, zu verwirklichen, und auf diesem Wege zur „Diktatur des Proletariats" zu gelangen.

Es fehlt also auf seiten der Sozialdemokratie immer noch an dem von einer festen und zuverlässigen Parteimehrheit getragenen Willen zu einer reinlichen Scheidung von den Kommunisten, die man trotz aller bisherigen Mißerfolge und in merkwürdiger Verkennung der kommunistischen Geistesverfassung immer noch für eine positive Regierungsarbeit gewinnen zu können glaubt, obwohl es doch jedem einsichtigen Sozialdemokraten nachgerade klar sein müßte, daß ein Pakt mit dem Kommunismus gleich einem solchen mit dem Teufel ist: nur wenn die Sozialdemokratie sich den Kommunisten mit Haut und Haaren verschreibt und die elementarsten demokratisch-parlamentarischen Grundsätze verleugnet, wird sie dort in Gnaden aufgenommen werden. Nach alledem kann es für eine vernünftig orientierte Sozialdemokratie nur den einzigen Ausweg aus der Sackgasse geben, der zur Koalition nach der bürgerlichen Seite hinführt. Es ist nun wirklich die höchste Zeit, daß die Sozialdemokratie nach dieser Richtung freie Bahn schafft und sich von dem unheilvollen Scharwenzeln um die Kommunisten frei macht. Es geht ein tiefes Unbehagen, eine scharfe Verstimmung und Erbitterung durch die bürgerlichen Kreise Sachsens angesichts der Obstruktionspolitik der Sozialdemokratie. Nichts kann für die herrschende Stimmung bezeichnender sein als die Tatsache, daß gute sächsische Patrioten schon mit dem Gedanken zu spielen beginnen, Sachsen sei als selbständiger Staat unmöglich und könne seine Rettung nur noch im Anschluß an Preußen finden. Die Gefahr, die hier in die Erscheinung tritt, kennzeichnet weit besser und wirksamer als alle Erörterungen das Unheil, das eine Fortsetzung des bisherigen sozialdemokratischen Verhaltens heraufzubeschwören droht. Die besten und tüchtigsten Kräfte verlieren die Freude an der eigentlichen sächsischen Politik, wenn es auf dem bisherigen Wege weiter geht: kann es eine Mahnung geben, die ernster und eindringlicher die stärkste Partei des sächsischen Landtags an ihre Pflicht gegenüber der allgemeinen Wohlfahrt erinnert? In dieser Zeit der schwersten äußeren Bedrängnis unseres Vaterlandes sollte eigentlich im Reiche und in allen Einzelstaaten nur eine einzige gemeinsame Form der Regierung möglich sein, die Koalition auf breitester Grundlage, von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie. Wenn unsere parteipolitischen Verhältnisse leider so unvollkommen sind, daß sie die Verwirklichung dieser „heiligen Einigkeit" nicht in vollkommener Weise zu gewährleisten vermögen, so muß der Realpolitiker sich mit dem begnügen, was erreichbar ist, und mit einer Koalition auf engerer Grundlage vorlieb nehmen. Wenn in Sachsen nur eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Demokraten zu erzielen ist, gut, so mag auch das genügen. Die beiden anderen bürgerlichen Parteien werden das Ihrige tun, um eine solche Gruppierung im allgemeinen Interesse bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit zu stützen. Damit haben die Bürgerlichen ihre Pflicht getan. Nun ist es an der Sozialdemokratie, die ihrige zu tun.

## Die Opferwilligkeit der deutschen Landwirtschaft.

Vom Reichslandbundbesitzerverband, e. V., erhalten wir die folgende Kundgebung:

„Die tiefe Not unseres Vaterlandes hat alle Kreise des Volkes aufgerufen, der Bevölkerung des Ruhrgebietes in ihrem einmütigen Widerstand jede nur mögliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Bei diesem Hilfswerk steht die Landwirtschaft in vorderster Linie. In voller Erkenntnis ihrer vaterländischen Pflicht ist sie zu jedem Opfer bereit. Insbesondere ist es Aufgabe des größeren Grundbesitzes, nach allen Kräften Unterstützungen zu gewähren, selbst wenn es gilt, nicht nur einen Teil seiner Einkünfte und Vorräte, sondern auch seines Vermögens herzugeben. Wir wissen, daß unsere Mitglieder dieser Pflicht bereits in weitem Umfange genügt haben und auch ferner genügen werden.

Für die Landwirtschaft handelt es sich in erster Linie um die Lieferung von Lebensmitteln. Da die Unterstützungen voraussichtlich für eine längere Dauer erforderlich sein werden, bedarf es der Anspannung aller Kräfte; da ferner auch die Lebensmittel für das unbesetzte Gebiet beschafft werden müssen, fordert die Durchführung des Hilfswerkes von jedem Einzelnen und von den leitenden Stellen sorgfältige Ueberlegung. Für den Einzelnen muß gelten, daß nur gute Ware zu mäßigem Preise geliefert werden darf. Ueberall, wo nach Erfüllung der Getreideumlage ein größerer Ueberschuß vorhanden ist, sollte unter vorangiger Berücksichtigung des allgemeinen Bedarfes, namentlich auch der Städte, eine möglichst große Menge von Brotgetreide und anderer Nahrungsmittel unentgeltlich geliefert werden, da anzunehmen ist, daß diese Lieferungen unmittelbar und ohne Aufschläge und Preistreiberei in die Hände der Ruhrbevölkerung kommen werden. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Lieferung von Kartoffeln, sobald die Witterung dies gestatten wird.

Die Landwirtschaft wird wissen dürfen, daß angesichts der großen vaterländischen Pflichten, die ihr in erweitertem Umfange durch die Fürsorge für das Ruhrgebiet erwachsen, alle produktionshemmenden Maßnahmen ferngehalten und soweit solche noch bestehen, wo immer möglich, sie beseitigt werden.

**Franz Joseph Fürst zu Ratibor; Graf Yorck von Wartenburg**, zugleich als Vorsitzender der Zentralstelle für den besetzten Osten in Deutschland; **Günther von Carlowitz auf Oberschöna**, Vorsitzender des Sächsischen Grundbesitzer-Verbandes."

### Konferenz der Ernährungsminister.

**Berlin**, 24. Febr. Gestern fand unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Luther eine Konferenz der Ernährungsminister aller deutscher Länder statt, in der die Ernährungslage im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung und die zu treffenden Maßnahmen erörtert wurden.

# Das Fiasko der Ausfuhrsperre im Ruhrgebiet.

## Kein deutsches Ausfuhrgesuch an die Franzosen.

**Paris, 24. Febr. Ueber die Wirkung der Blockade des Ruhrgebiets teilt das „Journal" mit, daß bisher nur etwa 40 Gesuche um Ausfuhrerlaubnis täglich eingehen, und alle diese Anträge stammen von englischen, holländischen, schweizerischen, italienischen und skandinavischen Händlern. Von deutschen Firmen ist noch kein einziger Antrag gestellt. Es scheine also, daß die deutsche Industrie noch genügend mit Vorräten versorgt ist.**

## Der „Temps" und die deutsche Kohlenversorgung.

**Berlin**, 24. Febr. Der Pariser „Temps" hat sich in den letzten Tagen wiederholt mit dem Stande der Kohlenversorgung im unbesetzten Deutschland befaßt und unter Berufung auf Aeußerungen des Reichskohlenkommissars u. a. mitgeteilt, daß die Kohlenversorgung der deutschen Industrie außerhalb des besetzten Gebietes noch auf vier bis sechs Wochen ausreiche. **Der Reichskohlenkommissar teilt demgegenüber mit, daß eine derartige terminmäßige Bewertung der Kohlenbestände unrichtig ist. Es kann im Gegenteil festgestellt werden, daß die Kohlenversorgung, natürlich mit Hilfe starker Einschränkungen der Einfuhren usw. von der Gefahr eines Erlahmens überhaupt nicht bedroht ist.** Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß wir nun vorher zuviel Kohle gehabt haben und die Beschwerden über die übermäßigen Anforderungen der Repko zu Unrecht erfolgt sind.

**Die Aufrechterhaltung der Kohlenversorgung ist nur unter großen und unter normalen Verhältnissen nicht tragbaren Opfern möglich.** Nicht nur, weil Kohlenzufuhr aus den verschiedensten Gebieten des Auslandes hereingeführt — so meldet die „Times" die Absendung von 4000 Tonnen aus Südafrika — sondern auch im unbesetzten Gebiet wird in allen kohlenfördernden Betrieben in weitestem Maße Produktionserhöhung durch natürliche kostspielige Ueberarbeit getrieben. Dazu kommt, daß in den Beständen schon vor der drohenden Besetzung sehr gespart wurde, und es sind vom Beginn des Einbruchs an bis zum 5. Februar, also fast vier Wochen lang, die sämtlichen unserer Volkswirtschaft vorher unter großen Opfern entzogenen Kohlenmengen der Reparationslieferungen in das unbesetzte Gebiet übergeführt worden, so daß Vorrat angesammelt worden ist. Schließlich wirkt eine Reihe von Vorkehrungen durch eine planmäßigere Verteilung und verschärfte Zwangsbewirtschaftung der Kohlenbestände auf weitestgehende Ersparnis hin, **und endlich kommt die gewaltige Verteuerung hinzu, die nicht nur irgendwelchen Versuchen des Hamsterns, sondern auch dem regulären Verbrauch in Zusammenhang mit dem bevorstehenden Winterende entgegenwirkt.** Die Kohlenversorgung ist also zwar erschwert, verteuert und mengenmäßig stark eingeschränkt, aber an irgendeinem absehbaren Termin von dem Zusammenbruch nicht bedroht.

### Das Vorgehen gegen die Parteiführer.

**Eschweiler**, 24. Febr. Gestern ist der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Pfarrer Granick von den Franzosen verhaftet und im Kraftwagen fortgeschafft worden. Seine Familie muß innerhalb 4 Tagen das besetzte Gebiet verlassen. (W. T. B.)

### Der Dank Seingis an die Postbeamten im besetzten Gebiet.

**Berlin**, 23. Febr. Der Reichspostminister veröffentlicht im Nachrichtenblatte des Reichspostministeriums einen Erlaß, in dem er nach warmer Anerkennung der Pflichttreue der Post- und Telegraphenbeamten im besetzten Gebiete beim Widerstande gegen die rechtswidrigen Maßnahmen der Besatzungsbehörden sagt: Bei der zunehmenden Zahl derjenigen, welche ihre treue Pflichterfüllung mit schwerem Leid bezahlen müssen, ist es mir nicht mehr möglich, ihnen wie bisher in jedem Falle den Dank und die Anerkennung der Verwaltung auszusprechen. Ihre Namen sollen aber zum Zeichen meines Dankes als Ehrung ihrer Pflichttreue als Vorbild für alle Angehörigen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nach den hier eingehenden Meldungen im Nachrichtenblatt des Reichspostministeriums bekanntgegeben werden. — Anschließend werden in einem Gesamtverzeichnis die Namen von 80 Post- und Telegraphenbeamten aufgeführt, die von den Franzosen und Belgiern verhaftet, ausgewiesen oder in Freiheits- und Geldstrafen genommen worden sind. (W. T. B.)

## Französischer Raubzug auf deutsche Eisenbahnwagen.

**Berlin, 24. Febr. Die Franzosen unternahmen gestern von Oberhausen aus einen neuen Raubzug auf deutsche Eisenbahnwagen. Sie erbeuteten 44 Waggons mit Kohle, 4 mit Koks, 3 mit Torf, 11 mit Grubenholz, 28 mit Brettern, 2 mit Schienen, 15 mit Rundeisen und außerdem 10 geschlossene und 2 offene Güterwagen, sowie einen Personenwagen. Auf dem Bahnhof Hengsten haben die Franzosen 12 Millionen Mark Reichsbankgelder beschlagnahmt. Der Bahnhof Wanne ist von den Franzosen wieder besetzt, der Bahnhof Herne dagegen wieder geräumt worden. Die Kontrollmaßregeln sind weiter verschärft worden. In Bochum wurde eine Anzahl der verhafteten prominenten Persönlichkeiten, darunter der Oberbürgermeister, wieder freigelassen, andere dagegen, darunter ein Stadtrat, in Haft behalten. In Kempen wurde gestern von den Franzosen ein Eisenbahnbediensteter Springborn mißhandelt, in einen Raum eingeschlossen und gezwungen, militärische Uebungen auszuführen.**

### Die Besetzung des Rathauses in Herne.

**Herne**, 24. Febr. Die französische Besatzungsbehörde hat am Freitag den noch nicht verhafteten höheren Verwaltungsbeamten die Frage gestellt, ob sie gewillt seien, die Anordnungen der Franzosen auszuführen, anderseits das Rathaus besetzt und die Beamten durch Personen ersetzt würden, die die Anordnungen der Franzosen ausführten. Die Verwaltungsbeamten lehnten das Ansinnen ohne weiteres ab. Darauf wurde am Nachmittag das Rathaus besetzt und für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

## Tschechische Franzosenhelfer in Innsbruck aangehalten.

**Innsbruck**, 24. Febr. Hier trafen neuerdings fünfzig tschechische Arbeiter ein, die über die Schweiz nach Paris weiterreisen wollten. Jeder der Arbeiter hatte außer einem ordnungsmäßig ausgestellten Paß noch ein Ausweispapier bei sich, in dem die Einstellung als Monteur bestätigt war. Gleich nach Ankunft der Arbeiter in Innsbruck stellten die Eisenbahner ohne Unterschied der Partei die Forderung, daß der Transport nicht weitergeleitet werde, da er offenbar unter einem Vorwand über die Schweiz nach dem Ruhrgebiet eingeschmuggelt werden solle. Der Forderung wurde auch entsprochen. **Die tschechischen Arbeiter versuchten dann, einzeln die Reise fortzusetzen. Den Eisenbahnern gelang es aber, die meisten der Tschechen festzuhalten.** Ein tschechischer Arbeiter erzählte selbst, daß sie von französischen Agenten angeworben wurden, die besonders Bergarbeiter suchten.

### „Die Demokraten Frankreichs können auf die Demokraten Deutschlands zählen".

**Aus dem Briefe eines „Vorwärts"-Redakteurs an Herriot.**

**Paris**, 23. Febr. Der Abgeordnete Herriot veröffentlicht in der „Ere Nouvelle" einen Offenen Brief, den der Redakteur des „Vorwärts" Schiff an ihn gerichtet hat. Dieser Brief, den Schiff, wie er selbst sagt, in seiner Eigenschaft als Leiter der auswärtigen Politik des „Vorwärts" geschrieben hat, soll die Antwort sein auf die Aufforderung, die Herriot in der Kammersitzung vom 2. d. M. an die deutsche Demokratie gerichtet hatte. Nachdem Schiff von der falschen Auslegung des § 18, Anhang 2, Abschnitt 8 des Friedensvertrags gesprochen hat, lehnt er den Gedanken der militärischen Sanktionen ab, und sagt: Das sind einige der Gründe, weshalb die deutsche Sozialdemokratie vollkommen von der Illegalität der Ruhrbesetzung überzeugt ist. **Aus diesen Gründen billigen die deutschen Sozialdemokraten die Maßnahmen ihrer Regierung. Aus diesem Grunde wird die Sozialdemokratie im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeitern des Ruhrgebiets empfehlen, den passiven Widerstand der organisierten Arbeiter der militärischen Gewalt entgegenzustellen.** In gleicher Zeit wird sie aber auch, fährt Schiff fort, gegen jede nationalistische Propaganda und gegen jeden Versuch eines aktiven Widerstandes ankämpfen, auch gegen jeden Versuch, die juristischen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Frankreich und Belgien, namentlich was die verwüsteten Gebiete in Nordfrankreichs anbetrifft, zu verleugnen. **Die Demokraten Frankreichs können immer auf die Demokraten Deutschlands zählen,** wenn es sich darum handelt, in einer für beide Teile gerechten Weise die Zahlungspflichten zu lösen, wenn zu gleicher Zeit das am deutschen Volke durch die Ruhrbesetzung begangene Unrecht beseitigt wird. (W. T. B.)

# Krieg gegen die Frauen.

## Auch Frauen werden zu Gefängnis verurteilt!

**Aachen, 24. Febr. Von dem Aachener Kriegsgericht wurde die Frau des ausgewiesenen Redakteurs der „Freien Presse", Martha Pasche, zu 15 Tagen Gefängnis und mit Ausweisung bestraft. Sie hatte zuvor einen Ausweisungsbefehl erhalten, dem sie jedoch nicht nachgekommen war. In der gleichen Kriegsgerichtssitzung wurde Frau Boemkin zu acht Tagen Gefängnis und 25 000 Mark Geldstrafe verurteilt.**

## Die französischen Unmenschlichkeiten in Recklinghausen.

**Berlin**, 24. Febr. Der Oberbürgermeister Hamm von Recklinghausen hat dem Auswärtigen Amt eingehendes Material, beeidete Zeugenaussagen usw., ausgefertigt über das Verfahren der Franzosen in Recklinghausen, über die Mißhandlungen Verhafteter usw. Die Behandlung, welche die von den Franzosen Festgenommenen erfahren, zeugt von unerhörter Robheit. **In den großen Städten legen sich die Franzosen allerdings mehr Zurückhaltung auf, weil sie sich dort unter der fremden Bevölkerung unsicher fühlen. Desto schärfer wird in den Kleinstädten vorgegangen.** Prominente Persönlichkeiten, die in Recklinghausen festgenommen wurden, wurden ohne Betten, Decken usw. in einem engen Raum untergebracht. Schlimmer erging es anderen, die auf der blanken Erde ausgestreckt liegen müssen und nicht miteinander sprechen, weder lesen noch rauchen dürfen. **Die Nahrung wurde ihnen in einem Futtersack für Pferde gereicht.** Unter den Verhafteten befinden sich sehr viele Verwundete, für die diese Behandlung geradezu zur Tortur wird. Die Kost ist vollständig unzulänglich.

Der französische General, der in Recklinghausen eingezogen ist, begründet seine Maßnahmen in französischen Blättern mit einem geplanten reaktionären Attentat, anderseits aber auch mit der Behauptung, daß in Recklinghausen eine Räteregierung eingerichtet worden sei. Was den ersteren Punkt anlangt, so handelt es sich um einen jungen Menschen, der festgenommen wurde und in dessen Besitz Ausweise der Wandervögel und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenvereins gefunden wurden. Das genügte, um eine reaktionäre Verschwörung zu konstruieren. Was die angebliche Räteregierung anlangt, so handelt es sich darum, daß seitens der Gewerkschaften sowohl wie auch der Unternehmer nach der Festnahme der städtischen Behörden ein Aktionsausschuß gebildet wurde, um die Geschäfte der Stadt provisorisch zu leiten.

### Die Essener Feuerwehr als Polizeiersatz.

**Berlin**, 24. Febr. Aus Essen wird gemeldet, daß durch den Fortfall des polizeilichen Schutzes die öffentliche Sicherheit gefährdet und das Treiben verbrecherischer Elemente erleichtert wird. In einzelnen Fällen wurden durch das Eingreifen der städtischen Feuerwehr größere Gewalttaten verhindert.

## Verhaftung des Regierungspräsidenten von Münster.

**Berlin, 24. Febr. Der Regierungspräsident von Münster Dr. Haslinde wurde auf einer Reise durch das Einbruchsgebiet bei der Paßkontrolle in Sinzen angehalten und nach seiner Vernehmung für verhaftet erklärt. Er wurde mehrere Stunden in einer belgischen Wachtstube trotz seines Einspruches festgehalten. Erst in den Nachmittagsstunden gelang es, seine Freilassung und Rückkehr nach Münster zu erwirken. Vorher war ihm erklärt worden, daß er beim Wiederbetreten des Einbruchsgebietes sofort vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde.**

### Zehn Personen in einer Zelle.

**Gelsenkirchen**, 22. Febr. Gestern abend ist der Kaufmann und Fabrikbesitzer Kern von den Franzosen auf freien Fuß gesetzt worden. Ebenso wurde heute der am Dienstag erneut verhaftete Reichsbankdirektor Jury aus der Haft entlassen. Die übrigen in den letzten Tagen in Gelsenkirchen verhafteten Personen, die als Geiseln dienen sollten, sind im Kellergefängnis untergebracht worden. **Zehn von ihnen sind in einer Zelle eingeschlossen, in der sich nur für acht Personen Schlafgelegenheit befindet.**

### Die Gesamtbesetzungskosten von 1871/73 geringer als zwei Monate Rheinbesetzungskosten.

Nach einem Auszuge aus einem nächstens erscheinenden und sorgfältig auf den Akten aufgebauten Werk über die deutsche Besetzung Frankreichs in den Jahren 1871 bis 1873, die 30½ Monate dauerte, beliefen sich die von Frankreich zu tragenden Besetzungskosten insgesamt auf 340 787 500 Franken, wovon 203 684 254 Franken auf die Verpflegung der deutschen Truppen entfielen, weil Frankreich den Besatzungstruppen nur einfache Unterkunft zu gewähren hatte. Demgegenüber kosten zwei Monate der gegenwärtigen Rheinlandbesetzung 395 043 950 Goldfranken, also über 54 Millionen Mark mehr, als die ganze Besetzung Frankreichs von 1871 bis 1873 gekostet hat.

### Das Deutsche Volksopfer für die besetzten Gebiete.

**Berlin**, 23. Febr. Entsprechend den Beschlüssen des Vertrauens-Ausschusses des Deutschen Volksopfers sind in der vergangenen Woche über 1 Milliarde Mark zur Ueberweisung an Notleidende in dem Einbruch- und dem altbesetzten Gebiete ausgeschüttet worden. (W. T. B.)

### Die Knebelung der Presse.

**Aachen**, 24. Febr. Das „Echo der Gegenwart" ist von der belgischen Besatzungsbehörde auf einen Monat verboten worden. Es ist dies das dritte Verbot innerhalb eines Monats. (W. T. B.)

**Essen**, 24. Febr. Der „Essener Anzeiger" ist heute für 15 Tage verboten worden. Damit muß auch die letzte bürgerliche Zeitung ihr Erscheinen vorübergehend einstellen. (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.